BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kreisverband Speyer

An
Frau Oberbürgermeisterin
Stefanie Seiler
Maximilianstrasse 100

67346 Speyer

Stadtratsfraktion Die Grünen Speyer

Jana Dreyer und Hannah Heller
Fraktionsvorsitzende B90/Die Grünen
67346 Speyer

jana.dreyer@gruene-speyer.de
hannah.heller@gruene-speyer.de

Speyer, 27. Januar 2025

Antrag: Erhebung einer kommunalen Verpackungssteuer

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Seiler,

die Ratsfraktion Bündnis90/Die Grünen stellt den nachfolgenden Antrag mit der Bitte um Beratung und Beschlussfassung in der kommenden Stadtratssitzung.

Antrag:

Antrag zur Erhebung einer kommunalen Verpackungssteuer in Speyer auf Einwegverpackungen, -geschirr und -besteck in Anlehnung an den gemeinsamen Prüfantrag (Vorlagen-Nr 1724/2023) von CDU, SWG und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Speyer nach dem Tübinger-Modell.

Begründung:

Bundesweite Maßnahmen wie die seit dem 03.07.2021 geltende Einwegkunststoffverbotsverordnung sowie die seit dem 01.01.2023 geltende Mehrwegangebotspflicht haben bisher nicht zu spürbar weniger Einwegmüll geführt. Auch in Speyer dominieren übervolle öffentliche Mülltonnen weiterhin. Den damit verbundenen Umwelt- und Klimabelastungen begegnen wir mit größter Sorge.

Die Einführung einer Verpackungssteuer fördert gezielt Mehrwegsysteme und sensibilisiert Verbraucher*innen für das Thema Müllvermeidung. Gleichzeitig kommen anfallende Kosten im Rahmen einer Verpackungssteuer nach dem Verursacher-Prinzip zum Tragen – können also bei Wunsch und Wille umgangen werden. Ein weiterer positiver Aspekt sind die Auswirkungen, die dem städtischen Haushalt zugutekommen. Mit Blick auf die angespannte aktuelle sowie künftige Haushaltslage ist dies eine faire win-win-Situation.

Die Stadt Tübingen hat am 01.01.2022 eine kommunale Verpackungssteuer eingeführt und verzeichnet Erfolge. Am 22.01.2025 hat das Bundesverfassungsgericht den Weg unmissverständlich frei gemacht: Eine Verpackungssteuer ist zulässig. Auch die Stadt Konstanz hat diese Steuer zum Jahresbeginn eingeführt, viele weitere Kommunen zeigen reges Interesse.

Wir sind der Auffassung, dass die Rechtslage nun eindeutig ist und die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer in Speyer nun vollzogen werden sollte. Da der Laufzettel des o. g. Prüfantrages (Vorlagen-Ner. 1724/2023) „in Bearbeitung“ (leider ohne beigefügten Sachstandsbericht) anzeigt, gehen wir davon aus, dass notwendige Rahmenbedingungen innerhalb der Verwaltung zielgerichtet in Prüfung sind.

Mit freundlichen Grüßen

Jana Dreyer und Hannah Heller

Fraktionsvorsitzende